

Der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Leonhard Dobusch versucht, Transparenz zu schaffen im ZDF-Fernsehrat. Manche mögen das nicht. Ein Interview



Leonhard Dobusch

Herr Dobusch, wie kommt man als Österreicher in den Fernsehrat des ZDF?

Ich war zehn Jahre in Deutschland an der Universität tätig und habe mich in dieser Zeit unter anderem mit der öffentlichen Finanzierung von digitalen Inhalten beschäftigt. So wurde man wohl auf mich aufmerksam. So viele Nerds, die sich mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschäftigen, gibt es nicht.

Nerds sehen nicht fern?

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist schon lange mehr als Fernsehen. Ich habe nicht mal einen Fernseher, aber ich konsumiere auch öffentlich-rechtliche Inhalte, über zahlreiche Websites oder die Mediatheken. Ich habe den Eindruck, dass diese Angebote wahrgenommen werden, ohne dass man immer mitbekommt, was davon aus der öffentlich-rechtlichen Hand stammt.

Der Hintergrund Ihrer Entsendung in den Fernsehrat war die Novellierung des ZDF-Staatsvertrags im Jahr 2016, nach der die Bundesländer nun auch Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Bereiche auswählen dürfen. Für Hamburg sitzt ein Vertreter aus dem Bereich „Musik“ im Fernsehrat, für Niedersachsen einer aus dem Bereich „Musik“. Sie sitzen für Berlin als Vertreter des Internets im Fernsehrat. Die Auswahl dieser Bereiche wirkt ziemlich willkürlich. Wie kam es dann dazu?

Das sieht vielleicht auf den ersten Blick etwas wahllos aus. Aber das Ziel, mehr Vielfalt in die Aufsichtsgremien zu bringen, ist zum Teil gelungen. Über diese Tickets sind nun zumindest die Hälfte der Mitglieder Leute, die sich primär einem Anliegen verbunden fühlen, unabhängig von ihren parteipolitischen Präferenzen. So ist es auch bei mir.

In seinem Urteil forderte das Bundesverfassungsgericht ein „Mindestmaß an Transparenz“ im Fernsehrat. Sie versuchen dazu beizutragen, indem Sie von der Arbeit des Fernsehrats in Blogbeiträgen und auf Twitter berichten. Wie reagieren Ihre Kollegen darauf?

Ich nehme die Kritik des Bundesverfassungsgerichts sehr ernst und will mich dem Urteil entsprechend verhalten. Aber trotz all der neuen Mitglieder, die nach dem Urteil im Fernsehrat sitzen, gibt es personell eine beträchtliche Kontinuität. Ungefähr die Hälfte der Leute hat Erfahrung damit, wie es zwanzig, dreißig Jahre vorher gelaufen ist. Da gibt es starke Beharrungskräfte. Die Ausschussvorsitzenden sind alles Leute, die schon im alten Fernsehrat waren. Die wissen natürlich, wie es läuft. Dass es die Intention des Urteils war, dass es nicht weiterläuft wie bisher, kommt dabei teilweise zu kurz. Was ich mache, irritiert manche Leute nachhaltig. Dass ich etwa sehr offen und detailliert über Vorwahlen in den Freundeskreisen blogge habe, wird mir bis heute vorgehalten.

Immerhin ist die Hälfte der Mitglieder neu im Fernsehrat. Teilen diese Kollegen Ihr Engagement?

Ein Teil der neuen Mitglieder, vor allem der Vertreter der gesellschaftlichen Bereiche, sieht das sehr ähnlich. Die wollen wie ich, dass ein Aufsichtsgremium auch wirklich Aufsichtsaufgaben übernimmt. Aber auch unter ihnen gibt es viele, die stark parteipolitisch verhaftet sind. Für das Saarland sitzt der ehemalige Ministerpräsident Reinhard Klimmt als Vertreter von „Kunst und Kultur“ im Fernsehrat. Immerhin sind die Mehrheiten nicht mehr so ganz eindeutig. Wenn man sich sicher sein will, dass eine parteipolitische Linie durchgezogen wird, müssen schon alle Staatssekretäre bei der Sitzung anwesend sein.

Die Transparenzbemühungen des Fernsehrats sind auch nach dem Urteil eher dürftig. Öffentlich sind nur die Sitzungen des Plenums, dort finden aber kaum Diskussionen oder Kontroversen statt. Die Ausschüsse

tagen weiterhin hinter verschlossenen Türen.

Prinzipiell kann ich dem sogar etwas abgewinnen. Es gibt gute Gründe, nicht alles öffentlich zu verhandeln, weil so tatsächlich offener diskutiert werden kann. Problematisch finde ich aber, wenn die Vorlagen zu öffentlichen Sitzungen weder vorher noch nachher veröffentlicht werden. Wie soll es einem Zuschauer überhaupt möglich sein, sich ein Bild von einer Debatte im Fernsehrat zu machen, wenn die der Diskussion zugrundeliegenden Unterlagen nicht vorab öffentlich zugänglich sind? Das Argument gegen eine Veröffentlichung ist, dass die Vorlagen dann weichgespült würden. Aber dass sie noch vorsichtiger formuliert werden können, ist kaum vorstellbar. Die Plenarsitzungen sind stark gescriptet, fast alles wird im Vorfeld ausgehandelt. Und öffentlich heißt sowieso nur, dass man als Besucher vor Ort an den Sitzungen teilnehmen kann, es gibt keinen Livestream. Nicht einmal die Wortprotokolle der öffentlichen Sitzungen werden veröffentlicht. Es gibt eine große Skepsis, insbesondere gegenüber der Internetöffentlichkeit. Das ist absurd,

weil sich nur eine kleine Öffentlichkeit überhaupt für die Arbeit des Fernsehrats interessiert. Die auch noch auszuschließen, untergräbt die Glaubwürdigkeit der Aufsichtsgremien. Man macht nur das öffentlich, wozu man gezwungen wird. Das vermittelt insgesamt das Bild, dass man eigentlich in Ruhe gelassen werden möchte.

Sie haben einen Weg gefunden, die Vorlagen doch öffentlich zu machen. Sie lesen Auszüge daraus bei den Sitzungen vor.



Eine Sitzung des ZDF-Fernsehrats in Mainz

Foto Ralph Orłowski / ZDF

Das war mein letzter Schritt, nachdem ich eine Auseinandersetzung mit der Vorsitzenden hatte, weil ich eine Vorlage vor der Plenarsitzung veröffentlicht hatte, zu deren Veröffentlichung man sowieso verpflichtet war. Ich werde jetzt nicht dazu übergehen, jede Vorlage vorzulesen. Aber solange diese Regelung so bleibt, habe ich mir vorgenommen, zumindest Passagen vorzulesen, die ich für relevant halte.

Zu solchen nicht öffentlich zugänglichen Dokumenten zählen Berichte zur Lage der verschiedenen Sparten-sender, aber auch zum Beispiel eine Analyse von Rollenbildern in der Sendung „Mona Lisa“. Nicht einmal die Vorlage zum „Transparenzbericht 2017“ wurde veröffentlicht. Man gibt sich offenbar viel Mühe, den Eindruck zu erwecken, es gäbe etwas zu verbergen. Stehen denn so wichtige Betriebsgeheimnisse in den Vorlagen?

Es gibt verschiedene Gründe, warum manche Leute kein Interesse an Öffent-

lichkeit haben. Es gibt schon Berichte, die der Sender aus Marketinggründen nicht nach vorne stellen möchte. Da geht es um „Message Control“, wie man das in Österreich zurzeit nennt. Statt der vollständigen Berichte gibt es eine Pressemitteilung des Senders. Das sind immer Jubelpressemeldungen. Das ist natürlich problematisch. Wir sollen ja einen kritischen Blick auf die Sender werfen. Ein anderer Grund ist die Perspektive der Führungsorgane, also der Fernsehratsvorsitzenden, der Verwaltungsratsmitglieder, die Führungsbeben der Freundeskreise. Diese Gruppe spricht sich ab. Das heißt nicht, dass die immer einer Meinung sind. Aber sie befürchten, dass es umso schwieriger ist, einen Kompromiss zu erzielen, je öffentlicher Themen diskutiert werden. Ich würde aber sagen: Das kann manchmal gut sein, dass das schwieriger ist.

Die sogenannten Freundeskreise sind eine besonders intransparente Institution. De facto sind es politische Fraktionen, eine rote und eine schwarze, in denen die Entscheidungen geplant werden. An ihnen konnte auch das Bundesverfassungsgericht nicht viel

ändern, weil es sie ja offiziell gar nicht gibt. Woher weiß ein Neuling eigentlich, wer seine Freunde sind? Man hört manchmal Geschichten von Neumitgliedern, die sich im Plenum aus Versehen auf die falsche Seite gesetzt haben und daraufhin zurechtgewiesen werden.

lich in völlig undurchsichtigen Gruppen gefällt werden. Würde man die Freundeskreise abschaffen, würde noch viel mehr im Geheimen ausgemuschelt.

Statt der Abschaffung schlagen Sie vor, offiziell die Bildung von Fraktionen zu erlauben.

Viele fühlen sich sehr unwohl mit den parteipolitischen Zuschreibungen. Es gab auch schon Überlegungen, einen dritten Freundeskreis zu gründen. Das ist bisher noch nicht geschehen, aber ich will nicht ausschließen, dass es noch passiert. Die Formalisierung der Freundeskreise würde auf jeden Fall dazu führen, dass es mehr als zwei Fraktionen gäbe. Die sollten nur nicht parteipolitisch orientiert sein. Das würde nicht nur die Staatsferne deutlich machen, sondern entspräche auch den Debatten besser, die oft entlang anderer Konfliktlinien als der parteipolitischen Präferenz geführt werden. Ich zum Beispiel wäre gerne Mitglied einer digitalen Fraktion.

Das Zwei-Fraktionen-Prinzip ist so fest verankert, dass es am Buffet schwarze und rote Häppchen gibt.

Anbieter wie Netflix oder Youtube verbreiten. Ist das der richtige Weg?

Im Internet wird Öffentlichkeit über diese Plattformen vermittelt. Das ist ein Nadelöhr, wie es früher beim Kabelfernsehen war. Diese Plattformen zu bedienen, ist Teil der Digitalstrategie aller Sender. Natürlich ist das ein Problem, weil dadurch kommerzielle Plattformen mit öffentlich-rechtlichen Inhalten aufgewertet werden. Und weil die Sender die Kontrolle darüber verlieren, in welchem Umfeld ihre Inhalte ausgespielt werden. Es kann sein, dass durch den Empfehlungsalgorithmus nach einer Dokumentation eines öffentlich-rechtlichen Senders als nächstes irgendwelche verschwörungstheoretischen Desinformationsvideos laufen – das ist auf Youtube leider nicht die Ausnahme. Umgekehrt darf man Youtube nicht völlig solchen Videos überlassen. Deshalb sage ich immer: Kein Youtube ist auch keine Lösung. Was ich aber stark kritisiere, ist, dass man sich ausschließlich auf die kommerziellen Plattformen fokussiert.

Ihr Traumpaar wäre: das ZDF und die Wikipedia. Warum würde das so gut passen? Bisher ist die Wikipedia nicht besonders durch Bewegtbilder aufgefallen.

Gerade deshalb. In der Wikipedia finden Sie natürlich vor allem Texte. Bewegtbildinhalte sind schwierig, weil sie sehr teuer zu produzieren sind. Umgekehrt dürfen öffentlich-rechtliche Anbieter Texte im Internet nur sehr eingeschränkt publizieren. Viele öffentlich-rechtliche Inhalte sind aber durchaus von enzyklopädischer Relevanz. Mein Lieblingsbeispiel ist die Wahlberichterstattung. Es gibt sehr viele Wahlberichte, das sind ausschließlich Eigenproduktionen, da gibt es keine Verwertungsprobleme. Gleichzeitig gibt es in der Wikipedia Zahlen und Fakten über jede Regionalwahl zum Abwinken, aber kaum Bewegtbilder. Das sind durchaus historische Dokumente, denken Sie an die Auseinandersetzung zwischen Merkel und Schröder nach der Bundestagswahl 2005. In der Wikipedia wären die dauerhaft gut aufgehoben.

Wie stehen denn die Chancen für eine solche Zusammenarbeit?

Ich rede seit zwei Jahren kontinuierlich mit beiden Seiten. Ich forsche seit zehn Jahren über die Wikipedia, ich kenne die Akteure ganz gut. Es gab im Sommer einen runden Tisch mit Vertretern beider Seiten, da wurden natürlich vor allem die Probleme diskutiert. Es ist nicht ganz einfach, vor allem, was die Lizenzen betrifft. Die Beiträge in der Wikipedia werden unter freien Lizenzen veröffentlicht, das müssten die Sender berücksichtigen. Aber auch an die Lizenzbedingungen von Youtube hat man sich angepasst.

Vor ein paar Tagen hat Wikimedia die Initiative „Wiki loves TV & Radio“ gestartet, um eine Kooperation voranzutreiben. Es gibt sogar eine Art Wunschzettel der Wikipedia-Redaktion. Was steht da drauf?

Da steht drauf, dass sie gerne Inhalte hätten wie Erklärstücke, Dokumentationen, Wahlberichte, wie gesagt. Konkret wünschen sich die Wikipedianer etwa Ausschnitte aus legendären Sendungen wie „Das Literarische Quartett“ oder „Was bin ich?“, um die Artikel dazu zu illustrieren. Eine der größten Hürden sind die Vergütungsregeln der Sender, die sehen zum Beispiel Wiederholungshonorare vor. Die würden wegfallen, wenn man unter einer freien Lizenz veröffentlicht. Aber man könnte zum Beispiel einen Bonus als Alternative anbieten. Ich bin überzeugt, viele Redaktionen würden die Reichweite der Wikipedia in Kombination mit einem solchen Bonus der ohnehin unsicheren Auszahlung von Wiederholungshonoraren vorziehen.

Interview Harald Staun

Leonhard Dobusch berichtet über seine Arbeit in seinem Blog „Neues aus dem Fernsehrat“ bei Netzpolitik.org und auf Twitter (@leonidobusch).

■ DIE LIEBEN KOLLEGEN

VON HARALD STAUN

Am Freitagmorgen waren der Bericht über einen Hackerangriff auf Künstler, YouTuber und Politiker die Topmeldung der Nachrichtenseiten. Über einen Twitteraccount wurden Links zu Dateien veröffentlicht, die mehr oder weniger sensible Daten der betroffenen Personen enthielten: Adressen, Handynummern, Kontoauszüge, private Fotos, in einigen Fällen auch Chatverläufe. Bis zum Mittag war der Account aktiv, jeder konnte die Daten lesen oder herunterladen. Endlich bekam der Hacker die Aufmerksamkeit, die er sich erhofft hatte.

Die zu erreichen, war ihm wochenlang nicht gelungen: Seit Monaten hatte der Hacker vereinzelt die Funde seiner Hacks veröffentlicht; seit Anfang Dezember, so lässt es sich an seiner Twitter-Chronik ablesen, in Form eines Adventskalenders. Hinter den einzelnen Türen versteckten sich die Daten von Prominenten wie Jan Böhmermann und Til Schweiger, von YouTubern mit vielen Followern, zuletzt auch von Politikern. Aber obwohl der Account rund 8000 Follower hatte, tendierte die Zahl der Likes und Retweets gegen Null. Auch die Videos mit abgefilmten Auszügen des Materials, die der Hacker auf der Videoplattform Dtube veröffentlichte (und die bei Redaktionschluss immer noch zugänglich waren), fanden kaum Publikum.

Am Donnerstag hackte er dann den Twitter-Account von Simon Unge, einem bekannten YouTuber aus der Gamer-Szene, um endlich wahrgenommen zu werden, und verbreitete dort seine Links weiter. Dadurch wurden auch die Medien aufmerksam. Der Journalist Michael Götschenberg, Experte für Terrorismus und Innere Sicherheit im ARD-Hauptstadtstudio, berichtete im Inforadio des RBB und auf „Tagesschau.de“, die anderen Medien griffen die Geschichte auf. Nicht alle machten es den interessierten Lesern besonders schwer, die sensiblen Daten zu finden: Viele verbreiteten die Selbstbeschreibung des Hackers, mit deren Hilfe sein Account leicht zu finden war, manche nannten gleich den Namen des Profils. Nicht alle machten sich die Mühe, auf den Screenshots, mit denen sie die Texte bebilderten, die Links unkenntlich zu machen. Und das Berliner Aktien-Blog „Sharedeals.de“ warb sogar mit den illegalen Informationen des Hackers als heißem Gossip: „Nutzen Sie unbedingt unseren kostenlosen Live Chat, um über die aktuellsten Entwicklungen zum Skandal auf dem Laufenden zu bleiben und neue, pikante Details zu erfahren.“

Der Antwort auf die Frage dagegen, wer hinter den Angriffen steckt, kamen auch die Spekulationen der Experten nicht näher. Viele unterstellten ein rechtes Motiv, weil die AfD als einzige Bundestagspartei verschont wurde, andere mutmaßten über die Beteiligung der üblichen Hackergrößen (Nordkorea, China, Russland). Die konkretesten Hinweise auf den Täter hatte am Freitagabend der YouTuber Tomasz Niemiec, der im Gespräch mit dem Nachrichtenportal „T-online“ sogar behauptete, mit ihm kommuniziert und ihn davon überzeugt zu haben, den Account von Unge wieder freizugeben. Niemiec zufolge handelt es sich um einen Einzeltäter auf der Suche nach Aufmerksamkeit, der seine Ziele eher zufällig gewählt habe. Auch die Dokumente wirken eher willkürlich zusammengestellt: Neben Adressen und Telefonnummern findet man Scans von Personalausweisen und Rechnungen, aber auch ganz unverfängliche Geschäftsbriefe: offizielle Glückwunschscheine zum sechzigsten Geburtstag, Zertifikate von Weiterbildungsseminaren, Mietverträge für Mietwagen.

Um 14 Uhr wurde der Artikel mit Niemiecs Aussagen veröffentlicht. „Ich rechne damit, dass mich jetzt Sicherheitsdienste kontaktieren“, sagte er. Bis zum Freitagabend, so sagte er im Gespräch mit dieser Zeitung, hatte er noch nichts von den Behörden gehört. Auch seine Mail an die Bundespolizei blieb unbeantwortet (auf eine Nachfrage am Samstag antwortete er: „Kein Kommentar!“). Stattdessen, so berichtete jedenfalls „Bild.de“, baten die deutschen Sicherheitsbehörden den amerikanischen Geheimdienst NSA um Unterstützung.

Die deutschen Medien ergänzen ihre Spekulationen derweil mit Tipps, wie man sich gegen Hacker schützen kann. Was man aber gegen eine Berichterstattung tun kann, die aus einsamen Tweets eine ganz große Show macht, verriet sie nicht.